

agora⁴²

Das philosophische Wirtschaftsmagazin

AUSGABE 01/2013

KEIN ENTKOMMEN AUS DER KRISE?

Wirtschaft im Widerspruch – Lösung in Sicht oder
Anfang vom Ende? ■ Zur Krise verdammt, in die
Freiheit geworfen? ■ Was ist die Krise und wer sind
wir danach? ■ Bloß ein weiteres Krisenheft?



AGORA 42



FREIHEIT IN DER KRISE

Was bedeutet Freiheit für Sie? Wie frei empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Ist jeder seines Glückes Schmied oder steht von vornherein fest, wer oben und wer unten ist? Ist Ihrer Meinung nach Freiheit die Voraussetzung für Wohlstand oder Wohlstand die Voraussetzung für Freiheit? Macht die Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit erst möglich oder führt die freie Wirtschaft automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit?

Diese und eine Reihe weiterer Fragen werden jährlich vom John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung deutschlandweit erhoben. Das an der SRH Hochschule in Heidelberg angesiedelte Institut errechnet aus den Antworten den *Freiheitsindex Deutschland*. Aus den Ergebnissen der Befragung wird ersichtlich, wie Freiheit von der deutschen Bevölkerung subjektiv wahrgenommen und welcher gesellschaftliche Stellenwert ihr im Verhältnis zu anderen Werten wie Gleichheit, Sicherheit oder Gerechtigkeit zugesprochen wird. Darüber hinaus fließen die Resultate einer umfangreichen Medieninhaltsanalyse in den *Freiheitsindex* ein. Der Stellenwert der Freiheit wird auf einer Skala von minus 50 bis plus 50 angesie-

delt. Befindet sich der Wert im Minus-Bereich, heißt dies, dass andere Werte wie Gleichheit, Sicherheit oder Gerechtigkeit den Befragten wichtiger sind. Im Jahr 2011 lag der Wert bei minus 3 – das heißt: die Befragten wiesen den anderen Werten eine geringfügig höhere Bedeutung zu. Im Jahr 2012 verbesserte sich der Wert leicht auf minus 0,3. Insgesamt kann somit eine etwas stärkere Freiheitsorientierung im Bereich der individuellen und politischen Freiheit als im Vorjahr festgestellt werden. Zusätzlich förderte die mit dem Index verbundene repräsentative Befragung von 1.558 Personen zutage: Die Ostdeutschen fühlen sich erstmals subjektiv freier als ihre westdeutschen Landsleute. Auch hat sich der 2011 konstatierte Ruf der Bevölkerung nach Verboten etwas abgeschwächt.

Auf dem Feld der wirtschaftlichen Freiheit ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Marktwirtschaft deutlich zurückgegangen. Zum ersten Mal sagen auch in Westdeutschland die meisten Befragten (43 Prozent), Marktwirtschaft führe automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Dies kann durchaus als ein Reflex auf die seit einigen Jahren andauernde ökonomische Krisensituation gesehen werden.

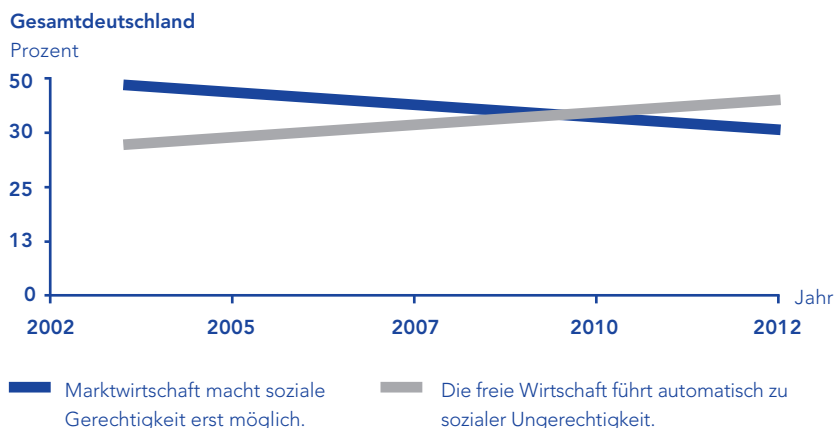
Weil der *Freiheitsindex* auch konkurrierende Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit berücksichtigt, ermöglicht er eine differenziertere Sichtweise auf die Auswirkungen der Krise. So wird in den meisten international verglichen-

den Messungen der wirtschaftlichen Freiheit lediglich danach gefragt, inwieweit gesellschaftliche Institutionen und die Politik mit den Prinzipien der ökonomischen Freiheit übereinstimmen. Außerdem berücksichtigen die internationalen Untersuchungen die Meinung der Bevölkerung kaum. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf den *Economic Freedom of the World Index* des kanadischen Fraser-Institutes verwiesen. Deutschland rangiert dort aktuell auf Platz 31. Innerhalb Jahresfrist macht das einen Rückschritt von 8 Plätzen aus. Besonders negativ zu Buche schlug der hohe Umfang der Staatstätigkeit (die Ergebnisse basieren auf Daten des Jahres 2010, also einem Jahr, in dem umfangreiche staatliche „Rettungspakete“ geschnürt wurden). Insofern hat sich die Krise dieser Studie zufolge über deren staatliche Bewältigungsversuche direkt auf den Zustand der ökonomischen Freiheit in der Bundesrepublik ausgewirkt.

Die wirtschaftliche Freiheit wird wohl auch in den kommenden Jahren derjenige Teilbereich der Freiheit sein, in dem angesichts der fortdauernden Krisendynamik die stärksten Veränderungen zu erwarten sind. Und das nicht nur verursacht durch das staatliche Handeln im Rahmen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrise, sondern auch aufgrund eines bereits seit längerer Zeit zunehmenden Ansehensverlusts der Marktwirtschaft in der gesamtdeutschen Bevölkerung.

MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT*

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der obere oder der untere?“ (Bildblattvorlage)



*Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. / Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10097, September 2012, Freiheitsindex Deutschland 2012

JOHN STUART MILL INSTITUT



Dr. Hans Jörg Schmidt

Mehr Infos: www.mill-institut-freiheitsforschung.de
joerg.schmidt@hochschule-heidelberg.de

Zum Weiterlesen: Ulrike Ackermann (Hg.): *Freiheitsindex 2011*, Frankfurt am Main 2012; Hans Jörg Schmidt: *Kulturgeschichte des Marktes*, Frankfurt am Main 2011. Die Publikation zum Freiheitsindex 2012 befindet sich in Vorbereitung.